



**LANDKREIS**  
**ERDING**

## PROTOKOLL

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Claudia Kirmeyer

Zi.Nr.: 206

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
claudia.kirmeyer@lra-  
ed.de

Erding, 25.05.2012  
Az.:

### **26. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 16.04.2012**

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Attenhauser, Peter  
Heilmeier, Georg  
Hofstetter, Franz Josef  
Kuhn, Günther  
Rübensaal, Siegfried  
Schlehuber, Anton  
Schwimmer, Hans  
Trinkberger, Helmut  
Vogl, Willi  
Ways, Rudolf  
Wiesmaier, Hans

#### **sowie als Vorsitzender:**

Landrat Martin Bayerstorfer

#### **von der Verwaltung:**

Fuchs-Weber Karin  
Schmittner Josef zu TOP 1 bis 5  
Huber Matthias zu TOP 1 bis 5  
Kirmeyer Claudia (Protokoll)  
Centner Christina

**Ferner nehmen teil:**

Herr Link, Schulleiter der Staatl. Berufsschule zu TOP 1 und 2

Herr Falterer, Architekt, zu TOP 1 und 2

Herr Burkhardt, Architekt, zu TOP 3

Herr Fuhrig, Schulleiter des Korbinian-Aigner-Gymnasiums zu TOP 3

Herr Mohácsi, Geschäftsführer des Kommunalunternehmens Kreiskrankenhaus zu TOP 4

Frau Fries-Ott, Pflegedirektorin zu TOP 4

Frau Freidhöfer, Schulleiterin der Berufsfachschule für Krankenpflege zu TOP 4



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## Tagesordnung

### **I. Öffentlicher Teil:**

1. Schulen des Landkreises -Berufsschule Erding  
Ortseinsicht im Verwaltungsbereich  
Vorlage: 2012/0992
2. Schulen des Landkreises - Berufsschule Erding  
Flachdachsanieierung  
Vorstellung der Ausführungsplanung  
Vorlage: 2012/1020
3. Schulen des Landkreises - Korbinian-Aigner-Gymnasium  
Umbau der Küche und Erweiterung des Speisebereichs  
Vorlage: 2012/1023
4. Schulen des Landkreises  
Fachakademie für Gesundheitsberufe  
Vorlage: 2012/1038
5. Bekanntgaben und Anfragen

# I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 16.04.2012



## 1. Schulen des Landkreises Berufsschule Erding - Ortseinsicht im Verwaltungsbereich Vorlage: 2012/0992

LANDKREIS  
ERDING

**Der Vorsitzende** begrüßt den Schulleiter der Berufsschule, Herrn Link und den Architekten Falterer. Bei einem Rundgang durch den Verwaltungsbereich soll Herr Link seine Änderungswünsche erläutern. Gleichzeitig sollen die Schäden am Flachdach von innen begutachtet werden.

Büro des Landrats  
BL

**Herr Link** erklärt, dass der Verwaltungsbereich der Teil einer Schule ist, den die Öffentlichkeit im Wesentlichen wahrnimmt. Bei der Maßnahme handelt es sich um kosmetische Dinge, es sollte z.B. der Schriftzug über dem Eingang zum Verwaltungsbereich erneuert werden. Durch den Auszug der FOS/BOS ist jetzt wieder Zeit und Raum dafür, die Arbeitseffektivität durch Umgestaltung etwas zu verbessern. Der Boden und die Möbel im Verwaltungsbereich sind bereits relativ alt und sollten ausgetauscht werden. Der stellvertretende Schulleiter Bichlmaier verfügt lediglich über ein Durchgangszimmer. Es soll so gestaltet werden, dass ein Durchgangsverkehr nicht mehr möglich ist. Als Alternative könnte Herr Bichlmaier auch einen anderen Raum beziehen. In dem Raum, der vorher durch die FOS/BOS genutzt wurde, befindet sich jetzt der Kopierer. Wegen der Staubbelastung soll dieser weiterhin separat untergebracht werden. Die Mitarbeiter in der Schulleitung arbeiten auf sehr beengten Raum, ihr Arbeitsbereich soll vergrößert werden. Der Teppichboden soll gegen einen wischbaren Boden ausgetauscht werden. Ein eigenes Besprechungszimmer ist wünschenswert. Das Krankenzimmer ist ein schmaler, trister Raum. Zudem ist der Pausenraum der Lehrer relativ klein, von 90 Lehrkräften finden dort ungefähr 10 Lehrer Platz. Natürlich sind nicht immer alle Lehrer gleichzeitig da, in der Mittagszeit machen aber sicherlich 20 bis 30 Lehrer gleichzeitig eine Pause. In der Mittagspause sind auch die Schüleraufenthaltsbereiche voll. Das Lehrerzimmer als eigentlicher Arbeitsbereich wird somit auch als Freizeit- und Pausenbereich genutzt. Ohnehin reicht das Lehrerzimmer für alle Lehrkräfte nicht aus. Vereinzelt gibt es im Haus Vorbereitungszimmer, wo einzelne Lehrer und Gruppen auch Arbeitsbereiche haben. Im Altbau gibt es zwischen zwei Klassenzimmern Vorbereitungszimmer, dort werden mittlerweile Arbeitsplätze eingerichtet. Im Gebäudeteil D stehen dafür lediglich kleine Eckräume zur Verfügung. Die Summe der Lehrer hat aber eigentlich keinen Arbeitsplatz außer dem Lehrerzimmer. Eventuell soll hier eine Wand versetzt werden um einen definierten Pausenraum zu schaffen. Es geht um eine grundsätzliche Genehmigung zur Überplanung des Bereichs. Mit einem Fachmann soll die Anordnung beraten werden und der finanzielle Aufwand für Änderungen abgeschätzt werden.

**Kreisrat Wiesmaier** fragt, ob die Verlagerung der FOS/BOS Veränderungen im Personalbereich mit sich gebracht hat.

**Herr Link** antwortet, dass es vorher 150 Lehrkräfte waren, jetzt sind es noch 90. Die Lehrer waren aber überwiegend am Gymnasium. Die Klas-

senzimmer befanden sich überwiegend im Gastrobereich. Die Verwaltung beider Schulen war aber am selben Ort untergebracht.

**Der Vorsitzende** fragt, um wie viele Mitarbeiter es sich handelt.

**Herr Link** erklärt, dass momentan 4 Mitarbeiter der Schulleitung zusätzlich zu Schulleiter und Stellvertreter in der Verwaltung beschäftigt sind. Mit der FOS/BOS waren 6 Mitarbeiter beschäftigt.

An einer Stelle mit Blick auf das Flachdach der Mauerhalle erklärt **Architekt Falterer**, dass sich zunächst die Frage stellte, inwieweit das Flachdach durch ein geneigtes Dach ersetzt werden kann. Durch die polygonale Grundrissform ist das schlecht möglich. Die eingesetzten Oberlichter, die eine Belichtung der Mauerhalle ermöglichen, müssten alle zerstört werden. Deshalb wird die Dachform mit besserer Dämmung nach der neuen Wärmeschutzverordnung beibehalten. Im rechten Bereich des Daches wurde bereits übergangsweise eine neue Dämmung eingesetzt, das Dach ist aber mittlerweile undicht. Das neue Flachdach bekommt ein Gefälle hin zu den Gullys. Lediglich zwischen den einzelnen Oberlichtern entsteht eine ebene Fläche. Der Rand wird dementsprechend etwas erhöht.

**Kreisrat Heilmeier** fragt, wie alt das Dach ist.

**Herr Falterer** schätzt, dass das Dach um das Jahr 1980 entstanden ist.

**Kreisrat Schlehuber** stellt fest, dass bei einem geneigten Dach nach außen auch alle Abwasserleitungen nach außen gelegt werden müssten. Es besteht aber kein entsprechender Kanalanschluss.

**Herr Falterer** stellt fest, dass auch keine Notüberläufe vorhanden sind. In den letzten Jahren wurden die Normen aber geändert, an bestimmten Stellen kann das Wasser nach außen ablaufen.

**Kreisrat Heilmeier** fragt, wie die Gullys im Fall eines Frosts funktionieren.

**Herr Falterer** antwortet, dass die Gullys beheizt sind. Durch das Gefälle läuft das Wasser aber ab.

**Der Vorsitzende** lässt nach dem Rundgang über das weitere Vorgehen im Bereich der Verwaltung beraten. Im Haushalt sind dazu keine Mittel eingestellt, für die Planungsleistungen ist ein Pauschalbetrag, orientiert an den laufenden Maßnahmen eingestellt. Als ersten Schritt schlägt er ein Konzept zur optimalen Nutzung der Räume vor. Dazu muss nicht unbedingt ein externes Planungsbüro eingeschaltet, sondern können die Mitarbeiter im Landratsamt beauftragt werden. Falls baulichen Leistungen notwendig werden, müssten diese extern vergeben werden.

**Kreisrat Ways** berichtet, dass er selbst vor 50 Jahren Schüler der Berufsschule war. Es ist viel Bekanntes erhalten geblieben. Ein neuer Schulleiter hat auch neue Ideen. Er spricht sich dafür aus, einige Lösungsvorschläge dafür intern zu unterbreiten. Seiner Meinung nach ist eine zeitgemäße Verschönerung angebracht, die Mitarbeiter sollen sich im Haus wohlfühlen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL



**Der Vorsitzende** fragt, ob der Bodenbelag bereits als Maßnahme angemeldet wurde.

**Herr Link** erklärt, dass er noch keine Maßnahme beantragt hat weil seiner Meinung nach keine Einzelmaßnahmen durchgeführt werden sollten, die dann möglicherweise durch erneute Planung wieder neue Kosten erzeugen. Zunächst soll ein Konzept erstellt werden, anhand dessen das Notwendige festzustellen ist.

**Kreisrat Wiesmaier** sieht sich immer dem Haushalt verpflichtet. Im Haushalt 2012 sind keine größeren Mittel für diese Maßnahmen bereitgestellt. Jetzt soll darüber nachgedacht werden, was für das Haushaltsjahr 2013 als Maßnahme verwirklicht werden kann. Eine Priorisierung soll innerhalb des Landratsamtes stattfinden. Probleme sieht er, wenn mit baulichen Maßnahmen eingegriffen werden müsste. Aus seiner Sicht können die Räume mit dem jetzigen Maß gut genutzt werden, wenn sie intelligent aufeinander abgestimmt sind.

**Der Vorsitzende** verliest folgenden Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Raumnutzung in Abstimmung mit der Schulleitung zu erarbeiten.

Damit können die Möglichkeiten und Kosten ohne große Umbaumaßnahmen festgestellt werden. Falls tatsächliche bauliche Veränderungen nötig sind, kann ein externer Planer hinzugezogen werden.

**Kreisrat Hofstetter** spricht ein Lob an die Schulleitung und die Verwaltung aus, die Räume sind in sehr gutem Zustand. Er spricht sich für eine Umstrukturierung aus, das Mobiliar ist aber nicht unbedingt erneuerungsbedürftig weil es gut gepflegt ist. Er bittet sehr bedachtvoll vorzugehen, wenn es darum geht, etwas wegzuerwerfen.

**Kreisrat Rübensaal** schlägt vor, den Gedanken eines Stufenkonzepts in den Beschlussvorschlag zu integrieren.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass sich möglicherweise verschiedene Varianten ergeben. Der Finanzrahmen muss noch abgesteckt werden.

**Kreisrat Heilmeier** bittet, keine Baumaßnahmen durchzuführen.

**Der Vorsitzende** sagt, dass wenn bauliche Maßnahmen notwendig werden, der Bauausschuss die Entscheidung darüber trifft. Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben verliest er folgenden Beschlussvorschlag:

BauEn/0120-14

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Raumnutzung in Abstimmung mit der Schulleitung zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**



**2. Schulen des Landkreises  
Berufsschule Erding  
Flachdachsanieierung  
Vorstellung der Ausführungsplanung  
Vorlage: 2012/1020**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** verweist auf die erfolgte Besichtigung und bittet Herrn Falterer um nähere Informationen zur Sanierung des Flachdaches. Wie bei allen Sanierungsmaßnahmen und Neubauten wird versucht, die Situation bei den Flachdächern durch eine Gefälledämmung zu verbessern. Die Maßnahme ist höchst prioritär, sie ist Bestandteil des Energiekonzeptes. Aus energiepolitischer Sicht ist sie eine der Maßnahmen, die am dringendsten durchgeführt werden muss.

**Herr Falterer** zeigt anhand von Fotos die Beschädigung des Daches. Das Flachdach ist sehr groß, es wird eine stärkere Wärmedämmung eingesetzt. Momentan ist das Polystyrol auf ganzer Fläche mit Wasser vollgeseugen, so dass es praktisch keinerlei Dämmwirkung mehr gibt.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass sich die spitzen Glasoberlichter im Vergleich zu Kuppeln sehr gut bewährt haben.

**Kreisrat Schlehuber** stellt fest, dass auch auf dem neuen Dach eine Kiesschüttung erfolgt. Er fragt, ob der Kies auf dem geneigten Dach bis zu den Gullys aufgefüllt wird und ob die eingesetzte Folie auch ohne Kiesschüttung funktioniert.

**Herr Falterer** antwortet, dass die neue Folie auch ohne den Kies beständig wäre. Es sollen aber keine neuen Gullys gebaut werden. Der Kies hält bei starkem Regen das Wasser etwas zurück und dient zusätzlich als Befestigung für die Folie. Eine Auflastung mit Kies wird nach wie vor als günstig angesehen.

**Kreisrat Schlehuber** schlägt vor, rund um die Gullys einen Bereich von 50 cm bis 1 m freizulassen damit das Wasser schneller ablaufen kann.

**Herr Falterer** erläutert, dass in letzter Zeit auch häufiger Rückhalteteile eingesetzt wurden. Die Gefälledämmung wird nach einem genauen Verlegeplan durchgeführt. Auf dem Untergrund erfolgt eine Perlitschüttung weil häufig festgestellt wird, dass bereits ein natürliches Gefälle vorhanden ist.

**Kreisrat Attenhauser** fragt, ob der Kies bei einem Gefälle nicht in die Gullys gewaschen wird.

**Herr Falterer** antwortet, dass nach wie vor die Schwerkraft dem Abrutschen entgegen wirkt. Die eingesetzte Folie ist erprobt und bereits seit einiger Zeit auf dem Markt. Im Fall einer Dämmmaßnahme an den Wänden muss die Befestigung nicht komplett abgenommen werden. Nach der Wärmeschutzverordnung muss nicht nur eine Dämmstärke eingehalten werden sondern es geht auch um die Detailausführung.

**Kreisrat Heilmeier** fragt, aus was die Dämmung besteht.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Herr Falterer** erklärt, dass die Dämmung zum Teil aus Polyurethan mit höherem Dämmwert und Polystyrol besteht.

**Der Vorsitzende** verliest folgenden Beschlussvorschlag

BauEn/0121-14

Der vorgestellten Ausführungsplanung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen**

### **3. Schulen des Landkreises Korbinian-Aigner-Gymnasium Umbau der Küche und Erweiterung des Speisebereichs Vorlage: 2012/1023**

**Der Vorsitzende** erklärt, dass die Umbaumaßnahme zur Erweiterung der Küche bereits im letzten Jahr grundsätzlich beschlossen wurde. Die Maßnahme wäre auch förderfähig gewesen. Nach weiteren Überlegungen der Schulleitung ist man davon abgekommen, die Erweiterung der Küche im Bestand durchzuführen. Es soll auf die damit einhergehende Verlagerung des Musikraumes verzichtet werden. Gemeinsam mit dem Planer des Korbinian-Aigner-Gymnasiums, Herrn Burkhardt hat der Schulleiter Herr Fuhrig neue Pläne erarbeitet, die aber weit über das hinausgehen, was im Haushalt eingeplant ist. Es sind 90.000 € eingeplant, die heutigen Vorschläge bewegen sich in der Größenordnung des 16 – fachen Betrags. Maßnahmen wie die Vergrößerung des Lehrerzimmers und des Sekretariats und Verlagerung der Bibliothek sind bereits durchgeführt worden. Er begrüßt Herrn Fuhrig und Herrn Burkhardt und bittet sie um weitere Erläuterungen.

**Herr Burkhardt** beschreibt anhand von Plänen die ursprüngliche Maßnahme. Er betont, dass beim Einbau der Küche vor 8 Jahren die räumlichen Möglichkeiten für die Mittagsbetreuung in dieser Größenordnung nicht da waren. Herr Badmann bekam zusätzliche Lagerflächen aus dem Stuhllager. Der tatsächliche Flächenbedarf konnte nicht abgeschätzt werden. Auch aus dem Ministerium konnten dazu keine Angaben gemacht werden, eine Förderung erfolgte trotzdem. Mit der neuen Maßnahme sollte der bestehende Musiksaal verlegt werden und die erste Achse der Küche zugetragen werden. Das hätte zu einer Entzerrung zwischen Kochen im vorderen und Spülen im hinteren Bereich geführt. Im Anschluss daran wäre Platz für Lagerflächen, Personalumkleiden und Waschmöglichkeiten geschaffen worden. Auch die Anzahl der Essensplätze im nördlichen Teil der Aula ist nicht ausreichend. Auf Wunsch der Schule sollen weitere Flächen zur Verfügung gestellt werden. Es soll eine Möblierung aufgebaut werden, die bei Veranstaltungen nicht immer auf- und abgebaut werden muss. Nach der neuen Planung ist eine Art „Wintergarten-Lösung“ vorgesehen, parallel zur jetzigen Aula soll eine weitere Zone aufgebaut werden, in der die Bestuhlung ganzjährig stehen bleiben kann. Die bestehenden Automaten würden versetzt, um eine Bistroatmosphäre zu erzeugen. Das Flächenangebot richtet sich nach den Mittagsbetreuungen des Anne-Frank-Gymnasiums und des Gymnasiums Dorfen. Auch bei dieser Vari-



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

ante muss der Musiksaal aufgegeben werden. Als weitere Lösung wurde angedacht, die Fläche über der bestehenden Küche in Form eines zweiten Geschosses zu nutzen. Die Lüftungsgeräte auf der jetzigen Dachfläche müssten dazu versetzt werden. Die Ausgabe wäre dann aber von der jetzigen Speisenausgabe getrennt und müsste mit einem Aufzug nach oben verbunden werden. Die Zu- und Abwägung ist schwierig und aus Sicht der Planung nicht optimal gelöst. Auf Anregung der Schule wurde diese Variante zwar untersucht, empfiehlt sich aber nicht zur Weiterentwicklung. Im ursprünglichen Konzept der Schule ist eine Erweiterung vorgesehen. Die Fingerlösung wurde damals als streng Struktur gebendes Element vorgestellt, mit einem weiteren Finger kann dem Innenhof von Süden ein Ende gegeben werden. Der Finger würde erdgeschossig bis auf die Hochebene errichtet. Im Norden befände sich der Küchenbereich mit externer Anlieferung. Die Bestuhlung richtet sich nach dem räumlichen Ausmaß anderer Schulen. Verbunden würde der Finger mit dem bestehenden Gebäude durch eine Verlängerung des Flures. Damit könnte ein Flächenangebot geschaffen werden, das für die Ganztagsbetreuung notwendig würde.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass ein Zuschussantrag für die einzelnen Umbaumaßnahmen gestellt wurde. Darin ging es unter anderem um die Erweiterung der Küche und die Verlagerung des Musiksaals. Er fragt, wohin der Musiksaal verlegt worden wäre.

**Herr Burkhardt** erklärt, dass der Musiksaal in den Klassentrakt verlegt werden sollte. Der Zuschussantrag beinhaltete den Umbau des Lehrerzimmers und des Sekretariats mit Verlagerung der Bibliothek. Der Umbau der Küche war auf 240.000 € angelegt. Davon wurde ungefähr die Hälfte verbaut. Ursprünglich waren 150.000 € vorgesehen. Durch die höhere Eigenleistung des Landkreises in Form von Baupersonal und entsprechende Vereinfachungen liegen die Kosten jetzt bei 120.000 € über der Bagatellgrenze und werden entsprechend gefördert.

Für die jetzt bestehenden Container war bereits damals ein Baurecht nötig.

**Kreisrat Hofstetter** fragt, wie der Flächenbedarf ermittelt wurde.

**Herr Burkhardt** antwortet, dass der Speiseraum auf 400 Essen ausgelegt ist. Es gibt knapp 200 Plätze, die Essensausgabe erfolgt in zwei Schichten. Momentan werden ca. 170 Essen ausgegeben.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass bei Erweiterung der Aula nach Westen mit Kosten in Höhe von 900.000 € zu rechnen ist. Die Aufstockung im Verwaltungsbereich im ersten Stock mit Aufzug kostet ebenfalls 900.000 €. Die Erweiterung mit Neubau im Westen des Grundstückes kostet 1,5 Mio. €. Momentan sind weder im Haushaltsplan Vermögenshaushalt noch im Investitionsprogramm Mittel vorgesehen. Die Umbaumaßnahme wäre jetzt mit Erweiterung der Küche in die nächste Phase gegangen. Herr Fuhrig hat ihn darüber in Kenntnis gesetzt, dass die beantragte und vom Zuschussgeber bereits bewilligte Lösung nicht mehr gewünscht wird, weil sie als nicht zielführend angesehen wird.

**Herr Huber** erklärt, dass die Schulleitung die Wintergartenvariante präferiert.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Herr Fuhrig** ergänzt, dass er vor einem Dreivierteljahr die Schulleitung übernommen hat. Zurzeit gibt es 1250 Schüler am Korbinian- Aigner-Gymnasium. Es stellt sich die Frage, ob die ursprüngliche Lösung die Situation wirklich entschärft. Im Eingangsbereich der Aula befindet sich auch die Essensausgabe. Zum einen wird eine größere Küche mit größeren Kapazitäten für die Lagerung und Frischhaltung benötigt. Im Moment erfolgt die Kühlung im Bereich zweier großer Container des Erdinger Weißbräu. Die verschiedenen Wägen im Eingangsbereich zum Verwaltungstrakt werden als nicht sehr ansehnlich empfunden. Gäste weisen immer wieder darauf hin, dass das einen schlechten Eindruck macht. Die eigentliche Essensausgabe muss daher verlagert werden. So kam die Idee eines Wintergartens zustande. Dafür hat sich die Schule neben der Aufstockung auf den Musiktrakt eingesetzt. Durch die Wintergartenlösung gibt es aber für Herrn Badmann selbst keine wesentlichen Vorteile, der Musiksaal geht verloren und muss anderweitig untergebracht werden. Daher musste eine andere Lösung gesucht werden und es zeichnete sich die Variante Erweiterungsbau mit genügend großer Küche und Essensbereich ab. Das Gymnasium verfügt über einen sprachlichen, einen naturwissenschaftlich-technologischen und wachsenden musischen Zug. Die drei Musiksäle werden gebraucht, selbst wenn es keinen musischen Zweig gäbe. Den Musiksaal in den Keller zu verfrachten ist nicht möglich, da die Räumlichkeiten dort zu klein sind. In den Musikräumen stehen Flügel und Percussionsinstrumente und die Säle müssen daher etwas größer sein als ein normales Klassenzimmer.

**Kreisrat Rübensaal** stellt fest, dass als beim Architektenwettbewerb für das Gymnasium für die Flachlösung gestimmt wurde, nicht alle Ausschussmitglieder zufrieden waren. Argumente dafür waren die teuren Grundstückspreise und die langfristige Möglichkeit eines Aufbaus. Heute wird zum ersten Mal über eine Aufstockung diskutiert, der langfristig nicht auszuweichen ist. Er schlägt vor, zunächst grundlegende Perspektiven zu betrachten, bevor über Erweiterungen diskutiert wird.

**Der Vorsitzende** betont, dass sich die Begeisterung damals in Grenzen hielt weil explizit dargestellt wurde, dass eine Aufstockung nicht möglich und technisch nicht vorgesehen ist. Kreisrat Rübensaal hat damals den Antrag gestellt, den Bau kleiner zu gestalten, da ein vierzügiges Gymnasium unter Umständen nicht gebraucht wird. Das Untergeschoss wurde damals trotzdem voll ausgebaut, um im Notfall eine Raumreserve vorhalten zu können. Übergangsweise wurde dort die FOS/BOS untergebracht. In der Zwischenzeit gibt es sieben Eingangsklassen, wesentliche Reduzierungen sind nicht abzusehen. Durch den doppelten Abiturjahrgang gibt es jetzt zwar 80 Schüler weniger als im Vorjahr, die unteren Klassen wachsen aber an. Den Hinweis von Kreisrat Rübensaal zur Prüfung der Möglichkeiten hält er für gut, beim Schulentwicklungsgutachten wurde auch nichts festgestellt außer der Küche. Für diese Maßnahme sind aber keine Mittel vorgesehen. Im letzten Sommer wurde der Verwaltungstrakt erweitert, die Bibliothek verlagert und das Lehrerzimmer erweitert und ergänzt. Die Schule ist deutlich gewachsen, bei den Lehrern gibt es jetzt auch mehr Teilzeitkräfte.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Rübensaal** weist darauf hin, dass es auch in der Außendarstellung schlecht wirkt, wenn ein musikisches Gymnasium einen Musiksaal streicht.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass der Musiksaal lediglich verlagert werden soll. Die damalige Schulleitung hätte dies damals in Kauf genommen. Die verschiedene Ausrichtung der beiden Gymnasien war gewollt, damit eine Auswahlmöglichkeit besteht. Die Zahl der Schüler an der Kreismusikschule ist durch den musischen Zweig des Gymnasiums gesunken und hat dort zu einer Entlastung geführt. Die Räumlichkeiten in der Kreismusikschule sind an der Kapazitätsgrenze.

**Kreisrat Wiesmaier** stellt fest, dass die Schule 2012 ein anderes Anforderungsprofil hat als 2002. Im Hinblick auf die Ganztagesbetreuung ist eine andere Sichtweise notwendig. Mit einem Haushaltsansatz von 90.000 € kann im Bauausschuss keine Entscheidung über 900.000 € getroffen werden. Eine gewisse Haushaltsdisziplin muss gehalten werden. Keinesfalls kann das Projekt im Jahr 2012 verwirklicht werden, sondern muss zunächst in die Haushaltsberatungen aufgenommen werden. Die Aula wurde von Anfang an nicht nur als repräsentativer Raum gesehen sondern sollte in dieser Größenordnung auch für die Mittagszeit genutzt werden. Eine Notwendigkeit sieht er nach wie vor im Küchentrakt, der aus seiner Sicht absolut nicht mehr dem Anforderungsprofil entspricht. Um 400 Essen ausgeben zu können muss aus seiner Sicht etwas passieren. Wenn die Maßnahme im Gesamtpaket von 900.000 € gesehen wird, ist die Küchenerweiterung aber gefährdet, weil das haushaltstechnisch schwer abzubilden ist. Er fragt, ob es möglich ist, als ersten Bauabschnitt die Küche in einem kleinen Teil in den vorgesehenen Wintergarten hineinzuverlagern um zumindest eine kleine, ansprechende Erweiterung vorzunehmen. Es muss Räume geben, die temporär überlappend genutzt werden. In der Zukunft werden sonst Schulen gebaut, die Fußballfeldern gleichen. Wenn abzusehen ist, wie sich der Haushalt in den nächsten Jahren entwickelt, kann über eine kommende Erweiterung diskutiert werden. Er fragt, wie sich die räumliche Nutzung in den Kellerbereichen darstellt. Das Potenzial muss genutzt werden unabhängig von einer notwendigen Erweiterung der Küche.

**Kreisrat Hofstetter** betont, dass baldmöglichst etwas passieren muss. Zum einen steht aber das nötige Geld nicht zur Verfügung, zum anderen fehlt es an einem vernünftigen Konzept zum Ausbau. Er spricht sich auch dafür aus, die Küche in den Wintergarten zu verlagern. Als Alternative gibt es eine Erweiterung. Er bittet, das Konzept noch einmal zu ergänzen und andere Vorschläge vorzubringen. Die Ganztagesbetreuung am Korbinian-Aigner-Gymnasium ist notwendig und soll auch ermöglicht werden. Er ist nicht sicher, ob die Ausgabe von 400 Essen noch in der Mensa erfolgen kann aber im Moment gibt es gar keine Lösung für das Problem. Er fragt, was es für Alternativen gibt.

**Herr Burkhardt** erklärt, dass ursprünglich mit den Flächen vom Eingangsbereich durch die Aula über die Innenhöfe Transparenz geschaffen werden sollte. Die Küche herauszuschieben um so Lagerflächen zu erzeugen widerstrebt diesem Gedanken. Es geht damit sehr viel Fläche verloren, die Fluchtwegsituation aus der Aula muss sichergestellt sein. Der

eingeschnittene Raum beeinträchtigt den Unterrichtsraum erheblich, da er zu einem Drittel überbaut wird.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Herr Fuhrig** gibt an, dass er mittlerweile überzeugt davon ist, dass die Wintergartenlösung nach dem heutigen Sachstand auch eine Beeinträchtigung des ursprünglichen Konzepts sein müsste. Im Untergeschoss ist zum Beispiel der Fettabscheider der Küche untergebracht. Eventuell ist auch eine Erweiterung der Küche nach unten zu bedenken. Er spricht sich dafür aus, dass andere Lösungen überdacht werden, eine Notlösung ist aber nicht gewünscht. Mit 90.000 € ist aber kaum etwas anderes möglich. Eventuell kann auch eine Unterteilung in Bauabschnitte erfolgen. Beim Bau der Schule konnte noch nicht abgesehen werden, dass die Küche so schnell erweitert werden muss. In Zukunft werden eher mehr Lehrer bei gleicher Schülerzahl eingestellt, die Erweiterung des Lehrerzimmers war richtig. Bei Einführung eines gebundenen Ganztageszuges ist zu prüfen, ob man darüber an Fördermittel gelangen kann. Gerade wurde die Einführung des Fachraumprinzips beschlossen, ein gebundener Ganztageszug hat natürlich einen längeren Vorlauf. Ein wichtiger Teil der Schule ist die Verpflegung, es gab bereits intensive Gespräche mit dem Landratsamt. Das Kultusministerium unterstützt die Schulverpflegung.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass der bisherige, unbefriedigende Zustand unter Umständen weiter laufen muss. Heute kann nichts entschieden werden, eine außerplanmäßige Entscheidung dieser Größenordnung könnten nur Kreisausschuss und Kreistag treffen. Außerdem wäre es gegenüber anderen Schulen ungerecht, diese Maßnahme vorzuziehen. Diese Maßnahme soll zurückgestellt und eine nochmalige Überprüfung von Alternativen herbeigeführt werden.

**Kreisrat Wiesmaier** fragt erneut ob weitere Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

**Herr Burkhard** verneint.

**Kreisrat Wiesmaier** betont, dass wenn über neue Anforderungen an die Schule gesprochen wird, die Architektur auch an diese Anforderungen angepasst werden und mancher Kompromiss eingegangen werden muss. Es stellt ein Problem für ihn dar, wenn zur Erhaltung der durchgängigen Sichtachse keine Erweiterung durchgeführt werden kann. Der Kostenaufwand muss so pragmatisch diskutiert werden, dass eine Maßnahme leistbar ist.

**Kreisrat Trinkberger** schlägt als Zwischenlösung vor, die Küche ein Stück weit in die Aula zu versetzen um einen Anbau für eine vernünftige Küchenbewirtschaftungen zu schaffen. Damit würde der Platz nicht eingeschränkt und es könnten zwei Ausgabestellen geschaffen werden. Zwar wird die Aula für einen bestimmten Zeitraum verkleinert, mit den vorhandenen 90.000 € könnte die Maßnahme aber sicher bewerkstelligt werden. Der gewünschte Musikraum würde erhalten. Mit dieser Lösung könnte die Situation für die nächsten zwei bis drei Jahre bis zur Fertigstellung der Gesamtkonzeption und Bereitstellung der Haushaltsmittel entschärft werden.



**Der Vorsitzende** schlägt vor, diesen Vorschlag als Alternative mit zu prüfen. Das bisherige System soll aber nicht wie vorgeschlagen und im Zuschussantrag festgehalten weiter verfolgt werden.

**Kreisrat Ways** stellt fest, dass aufgrund der neuen Situation heute keine Entscheidung getroffen werden kann. Er schlägt vor, einen Ortstermin durchzuführen und zukunftsweisend ein Konzept zu erstellen, dass über Jahre hinaus Sinn macht. Mit 90.000 € ist so etwas aber nicht zu schaffen, es muss mindestens der zehnfache Betrag geleistet werden.

**Kreisrat Heilmeier** stellt fest, dass die Fläche der Aula im Vergleich zu den anderen Räumen sehr groß ist. Er fragt, ob diese riesige Fläche nötig ist. Bisher wird die Aula auch als Speiseraum genutzt. Er möchte wissen, ob die Fläche auch anderweitig genutzt wird.

**Herr Fuhrig** antwortet, dass die Nutzung vielfältig ist. Die Aula ist der einzige große Raum neben dem Mehrzweckraum. Die Aula wird für sämtliche Veranstaltungen wie Projektseminare, Elternabende oder Theater gebraucht. Momentan finden Theaterproben statt während gleichzeitig gegessen wird. Die Schüler erledigen dort auch Hausaufgaben, nicht alle gehen in die offene Ganztagsbetreuung. Er spricht sich ebenfalls für einen Ortstermin aus.

**Kreisrat Trinkberger** betont, dass man bei einer Versetzung der Küche in die Aula lediglich 20 m<sup>2</sup> entfernt. Das wird die Fläche der Aula nicht zerstören.

**Kreisrat Schlehuber** schlägt vor, den Musikraum in den Keller zu verlegen. Die Belichtung ist natürlich, ein Flügel kann ohne weiteres ein Stockwerk nach unten transportiert werden. So könnte die Küche vergrößert werden, ohne in die Aula hineinzubauen. Das Konzept des Wintergartens wird so nicht zerstört, wenn wieder Mittel zur Verfügung stehen könnte dieser realisiert werden.

**Herr Fuhrig** merkt an, dass die Räume im Keller nicht für einen Flügel und 30 Sitzplätze dimensioniert sind. Das würde eine extreme Einschränkung bedeuten. Der Flügel wird auch in der Aula benötigt und kann momentan vom Musiksaal aus einfach dorthin geschoben werden.

**Kreisrat Kuhn** spricht sich ebenfalls für einen Ortstermin aus. Der Musikraum kann eventuell mittelfristig in den Keller verlagert werden. Längerfristig wird es in jedem Fall eine gebundene Ganztagschule geben. Er fragt, in welchem Rahmen sich die Zuschüsse für die damit verbundenen Maßnahmen bewegen.

**Der Vorsitzende** sagt, dass das nicht genau bekannt ist. Damals lag die Förderung der IZBB bei 70-80%. Wenn es einen solchen Zuschuss gäbe, wäre dieses deutlich leichter zu stemmen. Zunächst soll festgestellt werden, dass auf Vorschlag der Schulleitung die momentan angedachte Lösung zurückgestellt wird bis bekannt ist, ob es eine gebundene Ganztageschule gibt. Parallel soll gemeinsam anhand des Gutachtens der Schulbedarfsplanung geprüft werden, was an Möglichkeiten der Erweiterung gegeben ist.



**Kreisrat Rübensaal** weist darauf hin, dass bei dem Projekt Priorität auf der Machbarkeit liegt. Der Zweck heiligt die Mittel.

**Kreisrat Wiesmaier** bittet im Zuge der Überlegungen auch die Theaterbühne nicht außer Acht zu lassen.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

**Der Vorsitzende** formuliert daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

Büro des Landrats  
BL

BauEn/0122-14

Der für 2012 geplante Umbau der Küche wird auf Vorschlag der Schulleitung wird bis auf weiteres verschoben (Entscheidung über einen Ganztageszug).

Es sollen Alternativenprüfungen durchgeführt und bei einer Ortseinsicht vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**

#### **4. Schulen des Landkreises** **Fachakademie für Gesundheitsberufe** **Vorlage: 2012/1038**

**Der Vorsitzende** erklärt, dass die Einrichtung einer Fachakademie grundsätzlich bereits beschlossen wurde. Die ursprüngliche Überlegung war, diese Aufgabe an das Kommunalunternehmen Krankenhaus weiterzugeben. Der Verwaltungsrat hat sich bereits mit diesem Thema beschäftigt. Die Fachakademie für Gesundheitsberufe wird nicht als ausschließliche Einrichtung des Krankenhauses gesehen. Zurzeit gibt es drei Ausbildungsrichtungen: Krankenpflegeschule, Krankenpflegehilfe, Altenpflege. Alle drei sind derzeit am Krankenhaus angesiedelt, haben aber unterschiedliche Organisationsformen. Die Altenpflege liegt in der Zuständigkeit der Rotkreuz-Schwesternschaft.

Er begrüßt die Schulleiterin der Krankenpflegehilfeschule, Frau Freidhöfer, Pflegedirektorin Frau Fries - Ott und den Vorstand des Kommunalunternehmens Kreiskrankenhaus, Herr Mohácsi. Bei der geplanten Einrichtung handelt es sich um eine Berufsfachschule. Es stellt sich die Frage, inwieweit der Landkreis Zuständigkeit hat. Der Landkreis könnte nicht nur das Gebäude errichten, sondern selbst Betreiber der Schule sein. Die Entscheidung darüber trifft der Ausschuss für Bildung und Kultur. Heute soll die Entscheidung darüber getroffen werden, ob das Bauwerk in der Trägerschaft des Landkreises auf seinem Grundstück errichtet werden. Der praktische Teil der Ausbildung im Krankenhaus liegt in der Zuständigkeit der Pflegedirektorin Frau Fries-Ott, der enge Bezug zum Krankenhaus ist daher notwendig. Momentan befinden sich die Schulen innerhalb der Räume und im Betrieb des Krankenhauses. Dazu wurde Raummodule aufgestellt, in ähnlicher Lage soll der Neubau durchgeführt werden. Zum Neubau gibt es verschiedene Möglichkeiten. Dem Kommunalunternehmen wurden über einen Grundstücksüberlassungsvertrag die Räumlichkeiten



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

zur Verfügung gestellt, damit dem gesetzlichen Auftrag der stationären Gesundheitsversorgung Rechnung getragen werden kann. Die nicht benötigten Flächen stehen weiterhin dem Landkreis zur Verfügung und könnten für die Errichtung einer solchen Schule verwendet werden. Dies kann zum einen auf konventionellen Weg über die Finanzierung durch den Landkreishaushalt geschehen, es kann aber auch ein Generalunternehmer mit Generalplaner beauftragt werden, ähnlich wie bei der Gastronomieberufsschule. Daraus ergibt sich eine starke Vereinfachung für die Verwaltung im Landratsamt und durch die Ausschreibung zum Komplettpreis Kostensicherheit. Des Weiteren kann die Errichtung durch einen externen Investor erfolgen, nach den Plänen des Landkreises und in dessen Trägerschaft. Es kann auch mit einem Investor zusammengearbeitet werden, der sich zumindest zum Teil im Eigentum des Landkreises befindet.

**Kreisrat Hofstetter** stellt fest, dass das Kommunalunternehmen die Verantwortung an den Landkreis übertragen hat. Er fragt, ob der Bauausschuss über die Abwicklung der Investition bestimmt.

**Der Vorsitzende** erklärt, dass der Kreistag am 09. Mai 2011 beschlossen hat: Der Landkreis Erding ist bereit, die Trägerschaft für die Berufsfachschule für Altenpflege zu übernehmen und gegebenenfalls dem Kommunalunternehmen zu übertragen. Eine einvernehmliche Lösung mit dem bisherigen Träger ist anzustreben. Die Zusammenfassung der Berufsfachschule für Krankenpflege, Krankenpflegehilfe und Altenpflege unter dem Dach einer Akademie für Gesundheitsberufe beim Kommunalunternehmen Kreiskrankenhaus Erding ist anzustreben.

Heute sollen die baulichen Voraussetzungen für eine solche Gesundheitsakademie geschaffen werden.

**Kreisrat Rübensaal** wünscht, dass zunächst über die Finanzierung gesprochen wird. Möglicherweise ändert sich dann die Haltung der Ausschussmitglieder über die Art und Weise der Finanzierung. Die Haushaltsdisziplin sollte im Vordergrund stehen.

**Kreisrat Wiesmaier** betont, dass der Ausschuss für Bauen und Energie einen Auftrag aus dem Kreistag bekommen hat. Wenn der Ausschuss sich nicht mit dem Thema befasst, geht es nicht weiter. Dem Kreistag war bewusst, dass Kosten entstehen. Die Schule in dieser Umfänglichkeit befindet sich im Kostenrahmen.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, zunächst die Ausführungen der Vertreter des Krankenhauses anzuhören. Es geht jetzt nicht darum, ein bestimmtes Modell zu verwirklichen, sondern sich mit der Thematik grundsätzlich zu beschäftigen.

**Herr Mohácsi** erklärt, dass am Kreiskrankenhaus drei Berufsfachschulen angesiedelt sind. Im letzten Jahr wurde mit der Schwesternschaft des Bayerischen Roten Kreuz ein Arrangement getroffen, nachdem die Schulen drei unterschiedliche Strukturen im Hinblick auf Trägerschaft, Betreiberschaft und Schulleitung hatten. Die Berufsfachschule für Krankenpflegehilfe und Krankenpflege sind jetzt in Trägerschaft und Betreiberschaft am Kommunalunternehmen angesiedelt. Die Berufsfachschule für Alten-



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

pflege befindet sich weiterhin in Träger- und Betreiberschaft der BRK-Schwesternschaft. Es wäre anzustreben, auch diese Schule in den Gestaltungsraum des Kommunalunternehmens aufzunehmen, da die im Landkreis befindlichen Einrichtungen auch von dieser Schule profitieren. Die räumlichen Verhältnisse im Untergeschoss sind sehr beengt. Dort sind drei Lehrsäle untergebracht, ein weiterer Lehrsaal befand sich bisher im 3. Obergeschoss des Personalwohngebäudes. Es wurde bereits mehrfach angemahnt, dass das aufgrund der feuerpolizeilichen Bestimmungen nicht zulässig ist. Als Zwischenlösung wurden jetzt die Schulcontainer des Gymnasiums übernommen und somit neue Räume geschaffen. Momentan werden vier Klassen betrieben, der dritte Jahrgang der Krankenpflegeschule wird in diesem Jahr fertig. Bei der Krankenpflegehilfeschule handelt es sich um eine einjährige Ausbildung. Dieses Jahr im Herbst werden zwei Klassen an der Krankenpflegeschule aufgenommen. Die Entscheidung für die Einführung einer Krankenpflegeschule am Kommunalunternehmen Krankenhaus hält er für strategisch genial. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel im Bereich der Pflege tut es gut, von den 22 Absolventen fast 10 für das Kommunalunternehmen gewinnen zu können. Der Fachkräftemangel wird zunehmen, die Schule wird auch aus diesem Grund weiter ausgebaut. Aufgrund des sehr guten Rufes, den sich die Schule sehr schnell erworben hat, gibt es bereits Anfragen aus anderen Häusern. Die Pflegedirektorin des Klinikums Rechts der Isar möchte ab Herbst 10 ihrer Schüler in Erding ausbilden lassen. Es gibt auch Kooperationen mit Taufkirchen und Würzburg. Die Schule platzt aus allen Nähten und soll weiter wachsen. In den nächsten Jahren werden die OP-Kapazitäten weiter ausgebaut, im Bereich der Untersuchung und der Ambulanz soll ebenfalls ein Ausbau erfolgen. Nicht für Alles gibt es eine Förderung, es muss auch aus Eigenmitteln investiert werden. Wenn dabei aus Sicht des Kommunalunternehmens eine Entscheidung über Prioritäten getroffen wird, geht die Tendenz zum Patienten, die Schule steht dann an zweiter Stelle. Gemeinsam mit dem Verwaltungsrat wurde überlegt, die Schule nicht selbst zu betreiben, sondern die Investition dem Landkreis zu überlassen. Es gibt durchaus die Möglichkeit und den Wunsch weitere Schulen an dem Standort zu etablieren. Ein Schulgebäude, das auf Wachstum ausgelegt ist, ist trotzdem von Vorteil.

**Frau Freidhöfer** ergänzt, dass sich die Schule bereits wieder im Reorganisationsprozess befindet, bedingt durch die Absplitterung von der Schwesternschaft. Die Schule ist im Hinblick auf die Lehrer gut aufgestellt, es gibt viele Bewerbungen, so dass viele altbewährte Lehrkräfte mit langjähriger Berufserfahrung eingestellt werden konnten. Den Ansprüchen, die der Landkreis auch bedingt durch den demographischen Wandel an die Schule stellt kann die Schule gerecht werden. Aus ihrer Sicht ist daher ein Aufbau des Schulstandortes sinnvoll. Zum einen werden die Häuser in Erding und Dorfen mit Mitarbeitern versorgt, aber auch die Einrichtungen für Altenpflege im Landkreis. Zusätzlich wurden auch immer Betreuungshelfer ausgebildet und andere niederschwellige Angebote geschaffen, um Frauen und Männern eine Berufsbasis zu geben und sich in Richtung Pflege zu orientieren. Damit wird auch für Menschen ab 40 Jahren eine berufliche Perspektive geschaffen. Es wurde auch die Zertifizierung für arbeitsamtgeförderte Schulen durchgezogen, so dass unbeschränkt arbeitsamtgeförderte Menschen aufgenommen werden dürfen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Frau Fries- Ott** fügt hinzu, dass die Schule innerhalb eines Jahres gegründet wurde. Von den Absolventen bleiben ungefähr 10 am Krankenhaus. In den letzten 3 bis 4 Jahren haben jeweils 10 mehr Pflegekräfte das Krankenhaus verlassen (vor allem bedingt durch Schwangerschaften), als eingestellt werden konnten. Aktuell gibt es zu wenig Pfleger und Schwestern. Im Endausbau der Schüler gibt es 200 Schüler. Im Landkreis Erding gibt es sowohl alte als auch junge Menschen die Pflege und Betreuung brauchen. Ohne die Schule wüsste sie nicht, wie der Krankenhausbetrieb gestemmt werden soll.

Mit dem niederschweligen Angebot der Schule können Absolventen von der Hauptschule bis zum Gymnasium angenommen werden mit Aussicht auf einen späteren Studiengang.

**Der Vorsitzende** verliest folgenden Beschlussvorschlag:

1. Das Gebäude für die Fachakademie für Gesundheitsberufe soll am Krankenhaus Erding durch den Landkreis Erding (Passivhausbauweise) errichtet werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen planerischen Schritte zu veranlassen.
3. Die Mittel für Vorbereitung und Ausschreibung der Planungsleistungen werden außerplanmäßig bereitgestellt.

Die Architektenleistungen für Planung werden für gewöhnlich mit über 100.000 € angesetzt. Er schlägt vor, über die Art und Weise der Planung, der Bauausführung und der Finanzierung noch gesondert Beschluss zu fassen.

**Kreisrat Trinkberger** betont, dass er für das beste Schulsystem und die beste Ausbildung für die Kinder und Jugendlichen ist. Am 25.07.2011 wurde beschlossen, dass der Landkreis Erding bereit ist, die Trägerschaft für die Berufsfachschule zu übernehmen und gegebenenfalls dem Kommunalunternehmen zu übertragen. Es wurde aber kein Bau beschlossen. Eine Krankenpflegeschule ist nötig und aus der Fachakademie werden Fachkräfte für das Kreiskrankenhaus benötigt. In den Sitzungsunterlagen steht, dass über die Möglichkeiten der Finanzierungen und Förderungen zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussagen getroffen werden können. Er sieht sich ebenfalls dem Haushalt verpflichtet. Alle Ausschussmitglieder kennen die Haushaltssituation des Landkreises. Für 2012 wurde 1 Mio. € für das Krankenhaus Erding eingeplant, wahrscheinlich werden noch einmal 1,8 Mio. € nötig sein, um den Jahresabschluss zu decken. Der Landkreis verfügt lediglich über die Mindestrücklage, ausserdem müssen interne Darlehen in erheblicher Höhe zurückbezahlt werden. Bei geschätzten Kosten von derzeit 5,7 Mio. € ist weder die Finanzierung, noch die Förderung gesichert. Nach den derzeitigen Preisen am Baumarkt ist mit einer erheblichen Kostensteigerung zu rechnen. Rechnet man mit einer Förderung von 70% beträgt der Eigenanteil mindestens 1,8 Mio. €. Es stellt sich die Frage, wo die nötigen Haushaltsmittel dafür hergenommen werden sollen. Er bittet, den Tagesordnungspunkt zurückzustellen, und nach Klärung der Finanzierung und Förderung wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Alle anderen Unterbringungsmöglichkeiten, auch am Krankenhaus sollen nochmals geprüft werden, so dass der Anbau eventuell kleiner ausfällt. Die Problematik der PPP-Finanzierung ist bekannt, vielen Kommunen



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

wurden bereits die Augen darüber geöffnet. Zum jetzigen Zeitpunkt wird er dem Vorhaben nicht zustimmen, entweder es gibt eine Haushaltsdisziplin oder nicht.

**Der Vorsitzende** erklärt, dass bei den bisherigen PPP- Maßnahmen deutliche Kosteneinsparungen erzielt wurden, die bei konventionellen Ausschreibungen nicht vorhanden waren, z.B. bei der Gastronomieberufsschule mit 15% unter den Kostenansätzen. Das Modell ist nicht zwingend erforderlich, sondern frei wählbar. Für das Jahr 2012 sind keine Mittel für das Projekt eingestellt, damit gibt es selbstverständlich auch keine Ausgaben für Baukosten. Bei den Planungskosten für die Küche am Korbinian – Aigner –Gymnasium waren auch keine Kosten dieser Größenordnung eingestellt, trotzdem wurden weitere Untersuchungen in Auftrag gegeben. Bei der Schule für Gesundheitsberufe soll identisch verfahren werden. Auch für den Bau des Gymnasiums musste zunächst ein Grundsatzbeschluss gefasst werden. Er rechnet wenn überhaupt mit einem Zuschuss in Höhe von 30%. In den letzten Jahren gab es überhaupt keine Förderung solcher Schulen. Er sieht die Notwendigkeit einer solchen Schule, dafür müssen auch die entsprechenden Gebäude zur Verfügung gestellt werden. Diese Berufsschule unterstützt die landkreiseigenen Einrichtungen in der Mitarbeitergewinnung. Wenn für alle anderen Betriebe im Landkreis Erding eine Berufsschule unterhalten wird, kann die Verantwortung für den eigenen Betrieb nicht weggeschoben werden.

**Kreisrat Hofstetter** stellt fest, dass es genügend Seniorenheime gibt, die die Räumlichkeiten nicht besetzt haben weil das Personal fehlt. Zum PPP-Modell fragt er, ob bereits eine der Varianten ausgewählt werden muss. Damit es Zuschüsse gibt, müssen die Bedingungen strikt eingehalten werden, es gibt nicht eine richtige und eine falsche Lösung. Er bittet um die Zustimmung zum Beschlussvorschlag, damit werden ureigene Interessen des Landkreises vorgebracht.

**Kreisrat Wiesmaier** stellt fest, dass der Betrieb der Schule zwischen der Notwendigkeit und dem Machbaren abläuft. Es wird nicht über die Situation gejammert, die Einrichtung generiert die Pflegekräfte für den Landkreis Erding. Er würde heute keinen Beschluss über 5,7 Mio. € im Bauzuschuss abhandeln. Der heutige Beschluss treibt die notwendigen planerischen Schritte voran. Aus seiner Sicht gibt es keine Alternative zu der Schule, auch nicht bezüglich des Standorts. Die Schule muss zentral am Krankenhaus angesiedelt werden. Er bittet auch die Kollegen der anderen Fraktionen, die Weichen zu stellen. Die endgültige Entscheidung muss letztendlich im Kreistag getroffen werden.

**Kreisrat Rübensaal** betont, dass der Hebel zum Funktionieren immer das PPP-Modell war. Darauf wird es letztendlich auch hinauslaufen. Es muss aber auch hinterfragt werden, ob es andere Kostenträger gibt, wie die Agentur für Arbeit, die Vorteilsnehmer dieser Entwicklung ist oder auch Kranken- und Ersatzkassen. Von Seiten der Freien Wähler erfolgt die Zustimmung zu dem Projekt.

**Der Vorsitzende** sagt, dass bereits mehrere dieser Maßnahmen im PPP-Modell durchgeführt wurden, bisher gab es eigentlich keine schlechten

Erfahrungen. Auch bei der Kreismusikschule hat die ödp nicht zugestimmt und eine andere Position vertreten.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Trinkberger** weist erneut darauf hin, dass er weder die Schule in Frage gestellt hat, noch die Ausbildung. Er hat sich lediglich auf den Haushalt 2012 bezogen, der die kommenden finanziellen Belastungen nicht hergibt. Bei der Grundsatzabstimmung im Kreistag hat er dafür gestimmt. In einer Abstimmung dieser Größenordnung möchte er gern die finanziellen Rahmenbedingungen wissen. Es ist nichts Genaues bekannt.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass außer- oder überplanmäßige Planungskosten nötig sind. Im schlechtesten Fall ist mit Kosten in Höhe von 6 Mio. € zu rechnen. Es wäre nicht redlich, über die Zuschusshöhe zu reden, diese muss noch geprüft werden. Es wurde mit einfachen Mitteln eine Schule aus dem Boden gestampft, die Ausstattung der Berufsschule ist dagegen elitär. Momentan erfolgt der Unterricht in 10 Jahre alten Raummodulen, das ist sogar eine Verbesserung zur bisherigen Situation. Irgendwann sind anständige Räume nötig.

**Kreisrat Attenhauser** spricht sich für die Einrichtung aus.

**Kreisrat Heilmeier spricht** sich für den Bau der Schule auch ohne Zuschuss aus.

**Kreisrat Rübensaal** sagt, dass wenn das richtige PPP-Modell gewählt wird, in diesem Haushalt effektiv keine Kosten anfallen.

**Kreisrat Kuhn** hält die Notwendigkeit der Schule für völlig unbestritten. Er bittet den Beschlussvorschlag um den Vermerk „In Passivhausbauweise“ zu erweitern. Es besteht bereits ein Vorzeigeprojekt im Landkreis, zu Zeiten der dringen nötigen Energiewende ist dies dringend notwendig.

**Der Vorsitzende** sagt, dass das so eingefügt werden kann. Er hat das als selbstverständlich vorausgesetzt. Bei den letzten Gebäuden wurde das immer so praktiziert, das ist Standard des Landkreises.

**Kreisrat Schwimmer** schlägt vor, in Bezug auf die Altenpflegeschule die Berufsgenossenschaften ins Boot zu holen. Das Gesamtkonzept soll in die Weiterplanung mit einfließen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass die Altenpflegeschule nach wie vor im Betrieb der Rotkreuz- Schwesternschaft bleibt, allerdings unter einer Schulleitung mit am Krankenhaus angesiedelt ist. Die Vorzüge des gemeinsamen Gebäudes werden natürlich in den Vordergrund gestellt. Dazu muss aber zunächst ein Konzept vorgelegt werden.

Er verliest folgenden Beschlussvorschlag:

BauEn/0123-14

1. Das Gebäude für die Fachakademie für Gesundheitsberufe soll am Krankenhaus Erding durch den Landkreis Erding (Passivhausbauweise) errichtet werden.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen planerischen Schritte zu veranlassen.
3. Die Mittel für Vorbereitung und Ausschreibung der Planungsleistungen werden außerplanmäßig bereitgestellt.
4. Über die Art und Weise der Planung, Bauausführung, Finanzierung ist noch gesondert zu entscheiden.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**

## **5. Bekanntgaben und Anfragen**

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie um 17:10 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Claudia Kirmeyer  
Verwaltungsangestellte